

POLITISCHES SEKRETARIAT

P.B.58.2.Maroc

Bern, den 25. Juni 1987

M.O.

- SPE/BAM

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen dem marokkanischen Aussenminister Abdellatif Filali und Bundespräsident Pierre Aubert,
22. Juni 1987

Filali (F) betont eingangs das Interesse, das Marokko an einer Entwicklung der Beziehungen mit ganz Europa, also auch mit den Nichtmitgliedern der EG habe. Er kommt anschliessend auf die politischen Krisenherde zu sprechen, die für Marokko im Vordergrund stehen, den Maghreb und den Nahen Osten.

Die Krise in der "sogenannten" Westsahara bezeichnet F als "Konflikt zwischen Algerien und Marokko über die Zukunft dieses Gebietes". Die jüngste Entwicklung in diesem Konflikt ist durch die Begegnung des algerischen Staatspräsidenten Chadli Benjedid mit König Hassan geprägt. Dieses Treffen wurde von der Weltöffentlichkeit nicht genügend gewürdigt. Nach einer Unterbrechung der Beziehungen, die vier Jahre andauerte, war schon allein die Tatsache einer Begegnung auf hoher Ebene ein positives Ereignis. Laut F ist übrigens der Gefangenaustausch zwischen den beiden Ländern ein erstes greifbares Ergebnis des Treffens. Was die Zukunft der algerisch-marokkanischen Beziehungen anbelangt, gibt sich F vorsichtig optimistisch. F hat sich in Brioni mit seinem algerischen Kollegen getroffen und vereinbarte mit ihm die Eröffnung eines offiziellen Dialoges. Mögliche Gesprächsthemen sind laut F die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, Familienzusammenführung und die Oeffnung der Grenzen. Anfang Juli wird eventuell eine erneute Begegnung zwischen den beiden Ministern stattfinden.

F bezeichnet die algerische Haltung als widersprüchlich. Algerien behauptet, das Saharaproblem sei ein Konflikt zwischen Marokko und der Polisario. F vermag daher nicht einzusehen, weshalb Algerien in Marokko keine Botschaft unterhalten will. Marokko vertritt hingegen einen realistischeren Standpunkt. Eine Meinungsverschiedenheit wie diejenige über die Sahara ist für Marokko kein Grund, die Kontakte mit Algerien abubrechen. F verweist auf die Tatsache, dass selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Moskau und Washington ihre diplomatischen Beziehungen nie abgebrochen hätten. Laut F ist Marokko immer bereit gewesen, über das Saharaproblem zu diskutieren.

Algerien hat in jüngster Zeit eine Art "Konföderations-Lösung" für die Sahara vorgeschlagen. Der marokkanische Herrscher wäre diesem Plan zufolge in Personalunion König des Scherifenreiches und Präsident der RASD. Die saharauische Republik hätte mit Ausnahme zweier Beschränkungen, die das Militär und den Abschluss von sicherheitsrelevanten Verträgen betreffe, alle Attribute der Souveränität. F bezeichnet diesen Vorschlag als absurd. Er führt das Beispiel einer Gipfelkonferenz der arabischen Liga an, wo durchaus divergierende Meinungen zwischen Marokko und der RASD vorstellbar, ja wahrscheinlich wären. König Hassan hätte dann diese zwei gegensätzlichen Standpunkte gleichzeitig zu vertreten. F erinnert daran, dass Marokko den Gedanken eines Referendums schon in Nairobi im Rahmen der OUA akzeptiert habe. Ein Komitee aus sieben Staatsoberhäuptern habe die Modalitäten dieses Referendums ausgearbeitet. Diese sind für Marokko zu 80 % akzeptabel.

Nach der von Algerien in der OUA provozierten Krise sah sich Marokko gezwungen, sich aus der OUA zurückzuziehen. Daraufhin hat der Generalsekretär der UNO die Initiative ergriffen, um eine Lösung für das Saharaproblem zu finden. Peres de Cuellar arbeitete nach seinen verschiedenen Kontakten ein Memorandum in Form eines Fragenkataloges aus, in dem die Parteien unter anderem gebeten werden, sich zu den Vorschlägen des Komitees der Sieben zu äussern.

Peres de Cuellar schlug ebenfalls die Entsendung einer technischen Kommission vor, die vor Ort die Modalitäten eines Referendums prüfen sollte. Marokko hat die Entsendung dieser Kommission begrüsst, während Algerien und die Polisario eine Hinhaltenaktik verfolgen. Marokko tritt dafür ein, dass Perez de Cuellar seine Bemühungen fortsetzt, damit das Referendum endlich unter der Ueberwachung der UNO stattfinden kann. Laut F wird Marokko das Verdikt der Bevölkerung der Sahara unter allen Umständen akzeptieren. Das ganze Problem ist in den Augen F's ein "faux problème". Der Maghreb ist infolge vieler existierender Gemeinsamkeiten geradezu zur Einheit prädestiniert. Im Gegensatz etwa zu Europa verfügt der Maghreb über eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Religion.

Das Problem mit Algerien stammt von einem gewissen ideologischen und politischen Dogmatismus. Der gegenwärtige algerische Staatspräsident verfolgt aber einen pragmatischeren Kurs als sein Vorgänger.

Tunesien befindet sich in einer schwierigen Phase infolge der Nachfolgeproblematik von Präsident Bourguiba und des Aufkommens des islamischen Fundamentalismus.

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder. Das Land wurde durch eine 6-jährige Dürre zusätzlich getroffen, und es ist im politischen Bereich infolge seiner Grenze zur Sahara Pressionen von allen Seiten ausgesetzt. Marokko bemüht sich im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten, dem Nachbarland unter die Arme zu greifen.

F spricht schliesslich von einem "petit malentendu" mit Spanien hinsichtlich der zwei Städte Ceuta und Melilla, die sich auf marokkanischem Territorium befinden, von Spanien aber als spanisches Hoheitsgebiet beansprucht werden. F bezeichnet die spanische Haltung als unverständlich angesichts der Tatsache, dass Madrid Gibraltar für sich beansprucht. Trotzdem besteht ein enges Beziehungsnetz zwischen Marokko und Spanien, und F zeigt sich befriedigt über die zunehmende Integration Spaniens in Europa.

- 4 -

CFA stellt im Zusammenhang mit dem Saharakonflikt fest, dass die Schweiz die RASD nicht anerkenne, da sie die völkerrechtlichen Voraussetzungen für einen Staat nicht erfülle. CFA stellt eine Frage nach dem Einfluss des Fundamentalismus in Marokko.

F verneint jeden Einfluss des Fundamentalismus in seinem Land. Das Aufkommen einer Grundwelle des islamischen Integrismus in Tunesien schreibt er schwerwiegenden Fehlern der tunesischen Führung zu. Bourguiba hat den Islam herausgefordert, indem er etwa die Einhaltung des Ramadan durch die tunesischen Arbeiter verunmöglichte. Als Illustration für das unnötig provokante Verhalten Bourguibas führt F die Tatsache an, dass Chirac vom tunesischen Präsidenten während des Ramadans zu einem Mittagessen empfangen wurde, das am tunesischen Fernsehen übertragen wurde. Selbst Chirac als Nicht-Moslem habe diese unnötige Provokation als befremdend empfunden. In Marokko ist so etwas undenkbar. Der König ist gleichzeitig geistlicher Führer, "amir al-mu'minin".

Algerien ist weniger vom Fundamentalismus betroffen als Tunesien. Immerhin schafft die Nähe des dogmatischen Sozialismus zum Marxismus dem Regime gewisse Probleme.

Was die Beziehung Marokkos zu Libyen betrifft, so betont F, diese seien trotz des Bruches der "Union" sehr korrekt. Die Handelsbeziehungen verlaufen störungsfrei, und die marokkanischen Gastarbeiter in Libyen werden nicht behelligt. Laut F ist in der libyschen Haltung neuerdings ein gewisser Realismus zu verzeichnen. So hat sich etwa der libysche Aussenminister in Brioni hinsichtlich der Frage der Sicherheit im Mittelmeer sehr moderat gegeben. Das Tschad-Abenteuer bezeichnet F als "opération terminée".

Hinsichtlich des Nahost-Konfliktes gibt sich F pessimistisch. In seinen zahlreichen diplomatischen Kontakten konnte er in den vergangenen zwölf Monaten keinen Fortschritt verzeichnen. Auf israelischer Seite gibt es keinen Gesprächspartner.

- 5 -

Likud und Arbeiterpartei vertreten diametral entgegengesetzte Ansichten zur internationalen Konferenz und zu einem territorialen Kompromiss. Nur Neuwahlen mit einem Sieg der Arbeiterpartei könnten hier eine Änderung bringen. Marokko tritt für die Einberufung einer internationalen Konferenz ein, glaubt aber nicht an deren baldiges Zustandekommen. Laut F befürworten einige arabische Länder die Teilnahme der Sowjetunion an einer solchen Konferenz, weil sie sich von Moskau diplomatische Unterstützung erhoffen. Marokko tritt ebenfalls für die Teilnahme der Sowjetunion ein, wenn auch aus anderen Gründen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten kann man die Sowjetunion aus geographischen Gründen als nahöstliche Macht betrachten. Moskau hat ein legitimes Interesse an der Entwicklung in diesem Raum. Eine Nichtberücksichtigung der sowjetischen Interessen ist viel gefährlicher als eine Einbindung in den Friedensprozess.

F bezeichnet es als eine Selbstverständlichkeit, dass die palästinensische Vertretung an einer internationalen Konferenz befriedigend gelöst werden müsse. Das wahre Problem im Nahost-Konflikt sind schliesslich die Palästinenser. Laut F hat Marokko im Nahost-Problem immer eine sehr pragmatische Position eingenommen. Infolge der geographischen Distanz Marokkos vom Krisenherd kann sich Rabat eine "perception moins passionnelle" leisten. Marokko beherbergte die zwei arabischen Gipfeltreffen, die die palästinensische Sache am weitesten vorangebracht haben. In Rabat wurde die PLO als alleinige legitime Vertretung der Palästinenser anerkannt, und in Fes wurde die Basis gelegt für eine Regelung des Problems, die heute noch Gültigkeit hat.

Der Fes-Plan erwähnt zum ersten Mal auf arabischer Seite "tous les peuples de la région" und spricht von "sicheren Grenzen". Es herrscht eine gewisse "pudeur linguistique", aber man muss zwischen den Zeilen lesen können.

Die Begegnung Peres - Hassan in Ifrane hat laut F keine neuen Elemente ergeben. Der marokkanische Herrscher hatte den damaligen israelischen Premierminister auf dessen Wunsch hin empfangen.

- 6 -

CFA fragt sich, ob auf palästinensischer Seite überhaupt ein Gesprächspartner vorhanden sei.

F gibt zu bedenken, dass die bedauernde Spaltung der palästinensischen Widerstandsbewegung erst vor drei Jahren eingetreten sei. Vor diesem Zeitpunkt hat Israel auch gegenüber einer relativ geschlossenen PLO keinerlei Gesprächsbereitschaft erkennen lassen.

Im übrigen hat die PLO in Algier gewisse Schritte hin zu einer Wiederversöhnung gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob die neue "Einigkeit" Bestand haben wird. Syriens Haltung wird in dieser Angelegenheit entscheidenden Einfluss haben.

F tritt schliesslich dafür ein, die Sicherheit im Mittelmeer als ein Ganzes zu betrachten. Es ist absurd, eine künstliche Trennung zwischen den beiden Ufern herstellen zu wollen. Marokko etwa befindet sich nur 14 km von einem Nuklearstützpunkt der USA entfernt und ist davon selbstverständlich betroffen. In Brioni wurde daher Jugoslawien auf Bestreben Marokkos beauftragt, innerhalb der KSZE auf die Sicherheitsinteressen der südlichen Anrainer des Mittelmeeres aufmerksam zu machen. Marokko behält sich ausserdem das Recht vor, unabhängig von Jugoslawien seine Gesprächspartner auf dieses Thema zu sensibilisieren.

S. Speck

p.B.15.21.Maroc.(2) - BUP/SLU

3003 Bern, 26. Juni 1987

**Gespräch zwischen
AM Filali (F) und Bundespräsident Aubert,
22. Juni 1987: Bilaterale und humanitäre Aspekte**

Es ist das erste Mal, dass eine Begegnung auf dieser Ebene stattfindet. Die Beziehungen werden aber von beiden Seiten als problemlos und freundschaftlich bezeichnet. CFA habe die Qualität der marokkanischen Botschafter in Bern hervor und dankt dafür, dass die Interessenvertretung Jugoslawiens in Marokko reibungslos verläuft. Gleichzeitig erinnert er an die ständige Bereitschaft der Schweiz zur Leistung guter Dienste. F betont das Interesse einer Oeffnung gegenüber Europa, und zwar nicht nur gegenüber der EG. Gerade die Schweiz wird, aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, als wichtiger Gesprächspartner angesehen.

WIRTSCHAFTLICHES

1. Anliegen Marokkos

F hat ausdrückliche Instruktion, den Wunsch seines Landes nach vermehrtem Engagement schweizerischer Privatunternehmen zu unterstreichen. Es werden drei erfolversprechende Sektoren gesehen. 1. Die **Tourismusindustrie**: In der Schweiz gibt es Erfahrung und know how dazu. Marokko hat gute Voraussetzungen, das kommende Tourismusland zu werden. Die Rolle des Publikumsfavoriten wandere von einem Land zum nächsten, jetzt zu Marokko? 2. **Fischfang**: Die Schweiz importiert bereits Frischfisch aus Marokko über Spanien und Frankreich. Das Gebiet ist ausbaufähig. 3. **Agroindustrie**: Marokko bietet Vorteile der Lage, der Grundstoffe und ausserdem ein "extrem liberales" Wirtschaftssystem. Man wartet auf die schweizerischen Geschäftsleute. CFA meint, die Arbeit liege jetzt an den Botschaften. Allgemein ist man von schweizerischer Seite offen, die Beziehungen könnten sich verstärken.

2. Schweizerische Anliegen

(von Botschafter Roethlisberger, Roe, vorgetragen).

Mit Interesse sieht man die wirtschaftliche Erholung und die Verbesserung der Situation in den letzten zwei Jahren, auch wenn die Aussenschuld und der Schuldendienst immer noch beträchtlich sind. Die Mitgliedschaft im GATT wird begrüsst, es wird mit guter Zusammenarbeit in diesem Rahmen gerechnet. Gravierende marokkanisch-schweizerische Probleme gibt es nicht zu diskutieren. **Mischkredit:** Roe erwähnt die Schwierigkeiten der letzten Jahre, denkt aber, diese sollten jetzt überwunden sein. Die noch nicht ausgenützten 27 Mio. Fr. (von 55 Mio. der Gesamtsumme des MK) sollten für Projekte mit grosser Bedeutung für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden können. F ist dem Wunsch gewogen und meint, dass auf Botschafterebene weiterdiskutiert werden könnte. **Doppelbesteuerungsabkommen:** Seit 1981 sind Gespräche im Gange; ein Projekt ist in marokkanischen Händen. Man wünscht sehr, dass es jetzt weitergeht. Dies würde die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Kontakte verbessern. (Anliegen wurde von CFA auch beim tête à tête vorgebracht). F schlägt vor, dass zur Diskussion der endgültigen Texte eine Delegation entsandt oder empfangen werden könnte. **Investitionsabkommen:** F bestätigt, dass die Ratifikation sehr weit fortgeschritten sei. Die endgültige königliche Gutheissung soll in den nächsten 3 Monaten erfolgen.

Keller-Shipping: Roe erwähnt den Notenwechsel, der zur Zeit wegen der Frachtquoten dieser für die Landesversorgung bedeutenden Schifffahrtslinie im Gange ist. Er möchte aber auch an dieser Stelle ausdrücklich die Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit lenken. F sichert nochmalige Prüfung zu.

RASD - BEITRITT ZU DEN GENFER KONVENTIONEN

(Einziges Anliegen, das nicht von F selber - und erst nach delegationsinterner Diskussion - vorgebracht wird.) Der schweizerische Standpunkt wird in Anlehnung an die vorhandene speaking-note erläutert. Man würde es vorziehen, wenn eine einseitige Erklärung abgegeben würde, die Abkommen anzuwenden. Falls die RASD aber auf dem Beitritt bestünde, müsste die Schweiz als Depositärstaat diesen den Mitunterzeichnern der Konventionen notifizieren. Das würde mit einem Vorbehalt, wonach damit keinerlei RASD-Anerkennung schweizerischerseits verbunden sei, geschehen. Bis jetzt liege noch keine Anfrage der RASD vor, ausserdem dürfte sich diese die mit dem Beitritt verbundenen Verpflichtungen noch überlegen.

MENSCHENRECHTE

Anschliessend an die Gespräche überreicht WA ein Papier zu einem Menschenrechtsfall (Psychiater, der wegen der Weigerung, nicht medizinisch indizierte Behandlungen vorzunehmen, zu langer Haft verurteilt ist) an Botschafter Sebti.

RENOVATION VON FES

Vorgängig zu den Gesprächen sondiert der marokkanische Botschafter das Klima für allfällige schweizerische Mithilfe, lässt aber vom Thema ab, ohne dass es zu konkreten Diskussionen kommt.



P. Burkhard

V E R T R A U L I C H

p.B.58.2.Maroc - SPE/BAM

Bern, den 25. Juni 1987

- An:
- Departementsvorsteher
 - Staatssekretär E. Brunner
 - Generalsekretariat
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Protokoll
 - KSZE-Dienst
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Information und Presse
 - Politische Sonderfragen
 - Integrationsbüro EDA/EVD
 - Bundesamt für Aussenwirtschaft
 - Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel und New York
 - Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris
 - Schweizerische Botschaften in:
 - Abu Dhabi
 - Algier
 - Ankara
 - Bagdad
 - Bonn
 - Den Haag
 - Kairo
 - Kuwait
 - Madrid
 - Paris
 - Riad
 - Teheran
 - Tripolis
 - Washington
 - Addis Abeba
 - Amman
 - Athen
 - Beirut
 - Damaskus
 - Islamabad
 - Khartum
 - London
 - Moskau
 - Rabat
 - Rom
 - Tel-Aviv
 - Tunis
 - Wien

an						a/a
Datum						
Visa						
- 7. JUL 1987						
Ref.	370.1 Maroc					

Gespräch des Departementsvorstehers mit dem marokkanischen Aussenminister

In der Beilage erhalten Sie eine Aufzeichnung des Gesprächs, das Bundespräsident P. Aubert am 22. Juni 1987 mit Abdellatif Filali geführt hat. Der Anhang (bilaterale Fragen) wurde von der Pol. Abt. II verfasst.

POLITISCHES SEKRETARIAT

Paul A. Ramseyer

(Paul A. Ramseyer)

Délégation marocaine

Son Excellence Monsieur Abdellatif FILALI
Ministre des Affaires Etrangères et de la
Coopération du Royaume du Maroc en Suisse

Son Excellence Monsieur Ali BENGELLOUN
Ambassadeur du Royaume du Maroc en Suisse

Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur Zine El Abidine SEBTI
Directeur des Affaires Européennes et Américaines

Monsieur Ali BENBOUCHTA
Chef de cabinet de Son Excellence Monsieur le Ministre Filali

Monsieur Abdelali KHALIS
Premier Secrétaire près l'Ambassade du Royaume du Maroc en Suisse

Délégation suisse

Monsieur Pierre AUBERT
Président de la Confédération suisse
et Chef du Département fédéral des affaires étrangères

Monsieur Adolf LACHER
Ambassadeur de Suisse au Royaume du Maroc

Monsieur l'Ambassadeur Eric RÖTHLISBERGER
Délégué aux accords commerciaux

Monsieur l'Ambassadeur Alfred RÜEGG
Chef de la Division politique II

Monsieur l'Ambassadeur Paul André RAMSEYER
Chef du Secrétariat politique

Monsieur Michel PACHE
Chef du Service Presse et Information

Monsieur Stefan SPECK
Secrétariat politique

Monsieur Jacques de WATTEVILLE
Secrétariat du Chef du Département

Monsieur Peter BURKHARD
Division politique II